FDP-Fraktion des GGR

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang: 24. 9. 97
Abgabe an Stadtrat: 24. 9. 97
Abgabe an Abt.: 24. 9. 97
Bekanntgabe im GGR: 30. 9. 1997

Herrn
Felix Horber
Präsident GGR
Rothusweg 3b
6300 Zug

Zug, 24. September 1997

Motion zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den elf Zuger Gemeinden und dem Kanton Zug

Der Stadtrat wird beauftragt, die Initiative zu ergreifen, mit den übrigen Zuger Gemeinden und dem Kanton in Kontakt zu treten und konkrete Massnahmen vorzuschlagen, um den Mangel an Koordination und der Formulierung gemeinsamer Interessen und Ziele zu begegnen, welcher zwischen der Stadt, den übrigen Zuger Gemeinden und dem Kanton seit längerem zutage tritt. Um diesen Missstand zu beheben, ist ein strategisches Konzept auszuarbeiten, welches – ausgehend von der heutigen Situation – die zukünftige Rolle der Stadt Zug in der Region festlegt. Dieses Konzept hat zu folgenden Punkten konkrete Aussagen zu machen:

A) Beschreibung der eigenen Positionierung sowie der zukünftigen Rolle und des Beitrags der Stadt Zug für eine koordinierte Regionalentwicklung,
B) Klare Stellungnahme im Zusammenhang mit der Positionierung der Stadt Zug bezüglich nachfolgender Themenbereiche und
C) darauf abgestützt Festlegung des entsprechenden Handlungs- und Umsetzungsbedarfs.

Themenbereiche

1. Aufgabenteilung Stadt/Kanton, Gemeinden untereinander, Finanzausgleich, Polizeigesetz, Besoldungsreglement
2. Struktur, Aufgaben und Effizienz der Behörden und der Verwaltung der Stadt Zug
3. Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftskriminalität
4. Siedlungs- und Raumplanung, Verkehrspolitik und öffentliche Infrasturktur
5. Freizeit, Sport, Kultur: Nationale und internationale Positionierung der Stadt Zug; Aussagen über die Förderung eines umweltverträglichen Tourismus im Zugerland
6. Bildung, Weiterbildung, Zusammenarbeit mit regionalen und nationalen Institutionen, Ansiedlung national bedeutender Bildungs- oder Forschungsstätten, insbesondere mit einem Bezug zum industriellen und gewerblichen Sektor der Stadt Zug
7. Beitrag zu einer verantwortungs- und kostenbewussten Gesundheits-, Sozial- und Umweltpolitik der Stadt und der Region
8. Steuerpolitik: Langfristiger Erhalt der Finanzstärke der öffentlichen Hand

Begründung

Die Region Zug wird weder von Problemen im Zusammenhang mit der internen Aufgabenerfüllung noch vom externen Konkurrenzdruck im nationalen und internationalen Standortwettbewerb verschont. Deswegen ist eine koordinierte Pflege und geplante Weiterentwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Zug mit seinen relevanten Standortfaktoren dringend notwendig.

Die Positionierung der Region Zug wird in Zukunft erheblichen Einfluss auf den städtischen Handlungsspielraum haben, weshalb die Ziele für Infrastrukturvorhaben zwischen der Stadt, den übrigen Gemeinden und dem Kanton besser koordiniert werden müssen.

Die Erkenntnisse, dass innerhalb des Lebensraumes der Region Zug die Ressourcen nicht in unbeschränktem Masse vorhanden sind, ist den meisten politischen Akteuren des Kantons und den Gemeinden zwar bekannt. Dennoch ist festzustellen, dass aufgrund divergierenden Interessen der Gemeinden und des Kantons noch immer ein ineffizienter Einsatz der Ressourcen stattfindet. Es ist kein Gremium vorhanden, welches Interessen auf regionaler Ebene wahrnimmt. Die Region Zug bedarf eines verstärkten, selbstbewussten Auftretens nach aussen. Die Stadt Zug spielt aufgrund ihrer Zentrumsfunktion für die Region eine wichtige Rolle und sollte deshalb das Heft selbst in die Hand nehmen.

Es muss unser aller Ziel sein, die Souveränität und die Gemeindeautonomie so weit als möglich zu erhalten und wenn immer zu stärken. Grundlage dafür ist eine Verbesserung der Kommunikation zwischen sämtlichen beteiligten Instanzen. Mit einer abgestimmten Regionalplanung können Doppelspurigkeiten abgebaut und bessere Resultate erzielt werden. Es darf nicht sein, dass die Reginalentwicklung durch eine gegenseitige Abschottung der Gemeinden untereinander verhindert wird. Akuter Handlungsbedarf ist nicht nur in der Verkehrspolitik und in der Frage der Aufgabenteilung erkennbar.

Der Grosse Gemeinderat ist mit Vorliegen des entsprechenden Konzeptes über die beabsichtigten Massnahmen bis spätestens September 1998 zu orientieren.

Für die FDP-Fraktion:

Cornelia Stocker-Meier

(Gemäss § 40, Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates steht diese Motion in sehr engem Zusammenhang mit derjenigen von Beat Holdener betreffend Schaffung eines Halbkantons Zug-Stadt und ist deshalb gleichzeitig zu behandeln.)